

Erfolgreich trotz Verfolgung

1892 - 2017: 125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft



Von Wolfram Wette

125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft! Das Jubiläum zeigt vor allem Eines: Die Arbeit für den Frieden ist in unseren Tagen so notwendig wie eh und je. Auch wenn sich die Schauplätze, die Aktionsfelder und die Aktionsformen geändert haben. Allein die Tatsache, dass die DFG nun schon 125 Jahre lang existiert, zeigt ihre permanente Notwendigkeit auf.

Der geschichtliche Rückblick, den wir heute unternehmen, kann uns vor Augen führen, wie eng die Höhen und Tiefen des organisierten Pazifismus verbunden sind mit den politischen Zäsuren in der jüngeren deutschen Geschichte. Das heißt zugleich: Das erste halbe Jahrhundert der Geschichte des organisierten Pazifismus lässt sich sinnvoll nur vor dem Hintergrund der sehr viel wirkungsmächtigeren Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus begreifen und erzählen.

Wie den Chroniken der DFG zu entnehmen ist, war die Gesellschaft stets ein kleiner Verein. Die Mitgliederzahlen schwankten zwischen 10000 im Jahre 1914, 4000 im Jahre 1966 und knapp 12000 im Jahre ihrer Fusion zur DFG-VK 1974. Diese überschaubare Größe wirft Fragen auf, die für die Geschichte der Deutschen Friedensgesellschaft von grundsätzlicher Bedeutung sind: Weshalb strömten die Deutschen im Jahre 1892 nicht massenhaft in die DFG? Weshalb war es in Deutschland in vie-

len Jahrzehnten danach eigentlich so schwer, die Masse der Menschen in Deutschland für die Idee des Friedens und für aktive Friedensarbeit zu gewinnen? Wie soll man begreifen, dass sich in Deutschland stattdessen das Militär und selbst der kriegerische Konfliktaustrag über einen langen Zeitraum hinweg eines großen Zuspruchs erfreuten?

Als die DFG 1892 gegründet wurde, hatte sich längst herumgesprochen, wie ein Zukunftskrieg voraussichtlich aussehen würde: Angesichts der modernen Waffentechnik verhiess er Millionen von Toten, zerstörte Landschaften und kaum Chancen auf einen militärischen Sieg. Wie soll man verstehen, dass ausgerechnet die deutschen Pazifisten, die vor diesem Zukunftskrieg warnten, eher verspottet als ernst genommen wurden? Verdrängten die Zeitgenossen die banale Tatsache, dass die kriegerische Auseinandersetzung unausweichlich mit der Gefahr für die eigene Unversehrtheit und das eigene Leben verbunden war? Es ist jedenfalls ein Faktum, dass die große Mehrheit der Deutschen an der Wende von 19. zum 20. Jahrhundert, organisiert in millionenstarken Wehrverbänden, die heroisierende Erinnerung an vergangene Kriege pflegte, während die Pazifisten eine marginale gesellschaftliche Gruppe blieben. Jene Deutschen, die sich selbst als „wehrhaft“ priesen, schreckten auch nicht davor zurück, einen Zukunftskrieg herbeizusehnen, in

dem man wiederum mit heroischen Taten würde glänzen können.

Wir fragen uns heute: Welche Ideologien und welche Interessen steckten hinter solchen menschenfeindlichen Einstellungen? Woher kam die Wucht des gehässigen Antipazifismus, die doch in keinem sinnvollen Verhältnis zu der randständigen gesellschaftlichen Existenz der DFG stand? Ich werde versuchen, diese Fragen in der Weise zu beantworten, dass ich die Geschichte der letzten 125 Jahre selbst sprechen lasse.

Der besondere deutsche Militarismus

Im Erinnerungsjahr 2014 – 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges – wurde die Auffassung vertreten und mit großem medialem Aufwand verbreitet, Deutschland sei damals ein Land wie jeder andere europäische Nationalstaat gewesen. Sie alle seien letztlich wider Willen in den Krieg hineingestolpert. Deutschland trage insoweit keine besondere Kriegsschuld.

Dazu ist zu sagen: Gewiss, militaristische Erscheinungen gab es europaweit. Aber Deutschland war gleichwohl ein besonderer Ort mit spezifischen politischen und militärischen Traditionen. Hier spielte der Militarismus eine dominierende Rolle. Hier setzte sich zudem die Demokratie später durch als in anderen westlichen Nationen.

Wir erinnern uns: In der Revolution von 1848/49 hatte das Motto der preußischen Reaktion gelautet: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ Gesagt, getan! Die deutschen Demokraten, besonders die badischen, wurden durch preußisches Militär zusammengeschossen. Wer überlebte, wurde verfolgt und außer Landes getrieben. Das Land verlor auf diese Weise seine führenden liberalen Köpfe. Dieser Aderlass behinderte die demokratische Bewegung auf lange Zeit hinaus, wahrscheinlich auf ein ganzes Jahrhundert hin. Aus der Revolution von 1848/49 gingen die Gegner der Demokratie und ging das Prinzip der militärischen Macht als Sieger hervor.

1862 konnte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck im preußischen Landtag den politischen Glaubenssatz der Kriegs- und Machtpolitiker verkünden, den sich hernach ganze Generationen von national denkenden Deutschen zu eigen machten: „[...] nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut.“ Gemeint war: durch militärische Gewalt, durch Kriege, in denen viele Menschen ihr Blut gelassen hatten und künftig wieder lassen würden.

Erneut folgten den eisernen Worten die blutigen Taten: 1864, 1866 und 1870/71 führte Preußen drei sogenannte Einigungskriege. Der militärische Sieg über Frankreich ermöglichte schließlich die Gründung des deutschen Kaiserreiches unter der Führung des preußischen Königs – in Versailles, auf französischem Territorium. Eine Demütigung mit langem Nachhall!

Warum gehe ich auf diese Kriege zurück, die doch mehrere Jahrzehnte vor der Gründung der DFG stattfanden? Wir müssen uns klar machen, dass die Einigungskriege – und damit zugleich das Militär – von den Zeitgenossen, auch den politisch links stehenden, als Geburtshelfer der seit langem erstrebten Nationsbildung betrachtet wurden. Die siegreiche Armee, besonders das Offizierskorps, konnte sich fortan einer hohen Akzeptanz und Wertschätzung erfreuen. Die Soldaten wurden heroisiert, gehätschelt und gepflegt, und die adeligen Berufsoffiziere fühlten sich jetzt einmal mehr als der erste Stand im Staate.

Auf diesem machtpolitischen Fundament verbreitete sich die militaristische Vorstellung, dass in Zukunft die Armee die eigentliche und die beste „Schule der Nation“ sein müsse. Fazit: In

der deutschen Kaiserzeit resultierte die Kriegsbejahung maßgeblich aus der Erinnerung an die siegreichen Einigungskriege, also auf einer realhistorischen Erfahrung der Menschen.

■ „Militarismus der kleinen Leute“

Die einzige politische Kraft, die sich in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gegen den Militarismus positionierte, war die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft. Unter dem Eindruck der modernen Massenvernichtungswaffen steuerte die SPD seit den 1890er Jahren einen klaren Kurs der Friedensbewahrung, indem sie gegen den Krieg, für Abrüstung, für friedliche Streitbeilegung und für Schiedsgerichte eintrat. Gleichzeitig behielt sie ihr revolutionäres Vokabular bei.

In der Arbeiterschaft gab es allerdings auch Kriegsveteranen, deren Gesinnung als „Militarismus der kleinen Leute“ bezeichnet worden ist. Der Historiker Thomas Rohkrämer schreibt dazu: „Das Mitglied der Kriegervereine, das Kaiser Wilhelm und Bebel oder Bismarck und dem Papst gleichermaßen Respekt und Verehrung entgegenbrachte, ist ein typisches Beispiel dieser Geisteshaltung.“

Die Gründung der DFG 1892 fand also in einem gesellschaftlichen Umfeld statt, das von einem gesamtgesellschaftlichen Militarismus geprägt war. Als jüngere Entwicklung kam hinzu, dass Deutschland seit dem Regierungsantritt von Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1890 die Nachbarländer mit Säbelrasseln, Schlachtflottenbau, forcierter Heeresrüstung und imperialistischen Ambitionen beunruhigte. Gleichzeitig setzte er innenpolitisch den von Bismarck vorgezeichneten Repressionskurs fort, indem er Reichsfeinde jedweder Art brandmarkte.

Aber die Entwicklung war nicht einlinig; sie bot auch Alternativen: Es gab eine sich stetig steigernde internationale Vernetzung und eine grenzüberschreitende politische, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Sie ließ – gerade auch bei den frühen Pazifisten – die Vorstellung aufkommen, der Frieden sei gefestigter denn je. So dachte beispielsweise der österreichische Pazifist Alfred Hermann Fried, der zusammen mit Bertha von Suttner den Anstoß zur Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin gab.

Was für Menschen waren das, die 1892 die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft betrieben? Es handelte sich um bürgerliche Honoratioren, die in der Tradition des Linkliberalis-



Foto: Stefan Philipp

Wolfram Wette, Jahrgang 1940, ist DFG-VK-Mitglied und war bis zu seiner Emeritierung als Geschichts-Professor an der Universität in Freiburg im Breisgau tätig.

Von 1959 bis 1965 war als Zeitsoldat bei der Bundeswehr und schied als Hauptmann aus. Anschließend studierte er Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie und wurde 1971 mit einer Arbeit zu den „Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung“ promoviert. Bis 1995 arbeitete er als Historiker am damaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr und habilitierte sich in dieser Zeit mit einer Studie über den sozialdemokratischen Politiker und ersten Reichswehrminister der Weimarer Republik Gustav Noske.

Wette war Mitbegründer des Arbeitskreises Historische Friedensforschung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, die gerade auch für PazifistInnen bedeutsam sind. Eine Auswahl:

- Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. 640 Seiten, Bremen 2017 (Eine Besprechung wird in der nächsten **ZivilCourage** erscheinen.)
- Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. 320 Seiten, Frankfurt am Main 2010
- Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. 384 Seiten, Frankfurt am Main 2005
- Deserteure, Feiglinge, Opfer, Hoffnungsträger. 360 Seiten, Essen 1995
- Militarismus und Pazifismus. Auseinandersetzung mit den deutschen Kriegen. 269 Seiten, Bremen 1991
- Mit reinem Gewissen. Wehrmacht-richter in der Bundesrepublik und ihre Opfer. (gemeinsam mit Joachim Perels) 476 Seiten, Berlin 2011
- Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und „Kriegsverrat“. (gemeinsam mit Detlef Vogel) 507 Seiten, Berlin 2007
- Recht ist, was den Waffen nützt. Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert. (gemeinsam mit Helmut Kramer) 432 Seiten, Berlin 2004

Erinnerung an Martin Niemöller an seinem 125. Geburtstag – Begrüßung von Stefan Philipp beim Neujahrstreffen des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg am 14. Januar

Wir treffen uns heute hier am Beginn des Jubiläumsjahrs der Deutschen Friedensgesellschaft. Die DFG wurde am 9. November 1892 in Berlin gegründet, vor 125 Jahren also; maßgeblich dafür verantwortlich waren Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried – beide waren übrigens Österreicher und beide haben später den Friedensnobelpreis erhalten. Zur Geschichte der DFG werden wir gleich von Wolfram Wette einiges hören dürfen.

Wir befinden uns also am Beginn eines besonderen Jahres. Aber nicht nur das – auch heute ist ein ganz besonderer Tag: Genau heute vor 125 Jahren, am 14. Januar 1892, wurde Martin Niemöller geboren.

1957 wurde Martin Niemöller zum Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft gewählt. Ein Jahr später, 1958, wählte ihn auch die Internationale der Kriegsdienstgegner, die IdK, zu ihrem Präsidenten. Als schließlich 1974 der Verband der Kriegsdienstverweigerer, der VK, mit der DFG-IdK zur DFG-VK, der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner, fusionierte, war Martin Niemöller ihr Präsident, später dann ihr Ehrenpräsident. Und das blieb er bis zu seinem Tod am 6. März 1984. In seiner Person spiegelt sich also auch ein großes Stück unserer Verbandsgeschichte.

Und Niemöller war ja nicht irgendwer. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er maßgeblich an der Formulierung einer Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland gegenüber den Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen beteiligt, in der es hieß: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Diese Erklärung vom Oktober 1945 wurde hier in Stuttgart verabschiedet und ist als Stuttgarter Schuldbekennnis bekannt geworden. Mit unterzeichnet wurde sie unter anderen von Theophil Wurm, dem Landesbischof der Evangelischen Kirche in Württemberg, und von Gustav Heinemann, der als Laienvertreter und Präses der EKD-Synode kirchlich engagiert war.

Nach Gründung der Bundesrepublik 1949 wurde Heinemann – als CDU-Mann –

der erste Bundesinnenminister im ersten Kabinett von Konrad Adenauer. Als Adenauer im Geheimen eine Wiederaufrüstung plante, trat Heinemann aus Protest 1950 von seinem Amt zurück. 1969 wurde Heinemann dann – inzwischen seit 1957 in der SPD – Bundespräsident.

Gustav Heinemann hat viele bedenkenswerte Sachen gesagt, ich will hier nur drei erwähnen:

Als es darum ging, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen, sagte er 1958 in einer Bundestagsdebatte: „Ich nenne die Atomwaffen Ungeziefervertilgungsmittel, bei denen diesmal der Mensch das Ungeziefer sein soll.“

Im Vorfeld der Wahl zum Bundespräsidenten wurde Heinemann gefragt, ob er diesen Staat, die Bundesrepublik, liebe. Darauf antwortete er: „Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!“

Und in seiner Antrittsrede als Bundespräsident sagte er: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, sondern der Friede ist der Ernstfall.“

... solch kluge und pazifistische Sätze werden wir wohl vom nächsten Bundespräsidenten, auch wieder einem sozialdemokratischen, nicht zu hören bekommen.

Zurück zu Martin Niemöller, unserem früheren DFG- und DFG-VK-Präsidenten:

Der war seit 1945 Mitglied im Rat der EKD, dem Leitungsgremium der Evangelischen Kirche in Deutschland und als Auslandsbischof so etwas wie der Außenminister der evangelischen Kirche.

Ab 1947 war er Präsident der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau, in den 1960er Jahren war er einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates, der Kirchen, des sogenannten Weltkirchenrates.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war Niemöller seit 1937 in verschiedenen KZs inhaftiert – als „persönlicher Gefangener“ Adolf Hitlers. Gemeinsam mit anderen wie z.B. Dietrich Bonhoeffer hatte er nach der Machtübernahme Hitlers im September 1933 den „Pfarrernotbund“ und dann die Bekennende Kirche gegründet und den kirchlichen Widerstand gegen die Nazis organisiert.

Dabei war Niemöller keineswegs Pazifist, jedenfalls bis dahin nicht – im Gegenteil: Nach dem Abitur 1910 war er Soldat in der kaiserlichen Marine geworden und brachte es als Offizier im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs bis zum Kommandant eines U-Bootes. Daher rührt auch der bekannte Titel seiner 1934 veröffentlichten Autobiografie: „Vom U-Boot zur Kanzel“

Auch mit seinem demokratischen Bewusstsein war es zu diesem Zeitpunkt nicht weit her: Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Untergang des Kaiserreichs nahm er seinen Abschied als Marineoffizier, weil er die neue – und demokratische – Regierung ablehnte. Von 1919 bis 1923 studierte er Theologie und war danach als Pfarrer tätig.

Aber dieser, hier nur kurz skizzierte Werdegang zeigt eben auch, dass und wie sich Menschen ändern können – dass auch aus Soldaten und Militaristen Pazifisten werden können. Die vielleicht bekanntesten Sätze Martin Niemöllers – von ihm 1957 erstmals so formuliert – können zeigen, wie wichtig das kritische Überdenken eigener Erfahrungen ist, um zu neuen Positionen zu kommen. Diese Sätze lauten:

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

So viel bzw. so wenig zur Würdigung unseres früheren DFG- und DFG-VK-Präsidenten an seinem 125. Geburtstag. Und überhaupt soll und will ich hier gar nicht so viel reden. Ich bin eigentlich nur der „Begrüßungsonkel“, der durch das Vormittagsprogramm führt. Und das beginnt jetzt mit jemandem, der wie Niemöller vom Offizier zum Pazifisten wurde, mit Wolfram Wette nämlich. Ich freue mich, dass wir mit Professor Wolfram Wette jemand in unseren Reihen haben, der sicher einer der profiliertesten Historiker zu unserer Fragestellung von Krieg und Frieden ist. Gerade ist sein neuestes Buch erschienen, dessen Titel die vorhin zitierte Aussage von Gustav Heinemann aufgreift. Das Buch heißt „Ernstfall Frieden: Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914“. Ich vermute, dass wir manche dieser Lehren nun auch in seinem Vortrag „Erfolgreich trotz Verfolgung: 125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft“ wiederfinden können. Danach wird uns Lena Sachs mit dem Thema „DFG aus Frauensicht – gestern, heute und morgen“ konfrontieren. Das finde ich auch deshalb besonders spannend, weil die DFG-VK eben nun doch ganz überwiegend ein Männerverein ist – dabei geht uns der Frieden alle an. Und wir werden ihm auch nur dann näherkommen, wenn wir ihn als gemeinsame Aufgabe aller Menschen begreifen.

mus standen und die sich aus humanistisch-ethischen Motiven heraus der Idee des Friedens verschrieben hatten: Volks- und Mittelschullehrer, kleine Angestellte und Beamte, Kleinkaufleute, Vertreter freier Berufe, relativ viele Frauen; in nennenswerter Größenordnung fehlten Arbeiter, Landwirte und finanzkräftige Geschäftsleute. Es handelte sich um eher konfliktscheue Menschen, die sich davor fürchteten, als gewaltbereite Terroristen missverstanden zu werden.

Aber: Sie kritisierten den Militarismus, wobei sich der Historiker Ludwig Quidde besonders exponierte. Das Ziel der Kriegsverhütung wollten die Pazifisten nicht gegen die herrschenden Eliten erreichen, sondern mit ihnen. In der Tradition der Aufklärung stehend, bauten sie auf deren Vernunft. Der Staatenanarchie setzten sie ihre Idee eines internationalen Rechtsfriedens entgegen. Sie erstrebten den Ausbau des Völkerrechts, die Einrichtung einer Schiedsgerichtsbarkeit, den Abbau von nationalen Feindbildern, die Eindämmung des Wettrüstens und die Entwicklung von Vertrauen zwischen den konkurrierenden Nationen. Diese Forderungen basierten auf der weitgehenden Anerkennung der machtpolitischen Verhältnisse im Innern Deutschlands und konzentrierten sich auf das Gebiet der Außenpolitik beziehungsweise auf das Feld der internationalen Beziehungen.

Alles andere als revolutionär war auch die Positionierung der bürgerlichen Friedensfreunde in der Militärpolitik. Hier vertraten sie einen Standpunkt, der als „patriotischer Pazifismus“ bezeichnet worden ist. Das bedeutet: Sie kritisierten den Militarismus, bejahten aber zugleich die Landesverteidigung. Das war eine Konzession an den Zeitgeist, die der organisierte Pazifismus seinerzeit in allen europäischen Ländern meinte machen zu müssen.

Der verhängnisvolle „Schwertglaube“

Das öffentliche Echo auf die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft war unerwartet scharf: Die Pazifisten wurden als Utopisten, Heulsusen, selbsternannte Heilsbringer oder gar als „Friedenshetzer“ diffamiert, als Träumer und unmännliche Naivlinge, die von der wirklichen Welt der Lebenskämpfe und Kriege keine Ahnung hätten.

Die am Machtstaatsdenken orientierten Nationalisten begegneten den Friedensfreunden jedoch nicht nur mit Spott, sondern auch mit böartigen An-

feindungen, weil man sie für politisch gefährlich hielt.

Wie soll man das verstehen? Wieso haben die Anhänger des Militarismus die harmlosen Friedens-Honoratioren, die doch über keine nennenswerte gesellschaftliche Macht verfügten, so ernst genommen und nicht einfach ignoriert? Wieso wurden in Deutschland Pazifisten erst verachtet, dann bekämpft und einige von ihnen schließlich sogar ermordet? Wieso war der Antipazifismus in Deutschland stärker als in Frankreich, England, den USA, den skandinavischen Staaten, der Schweiz, den Niederlanden und Belgien, wo sich Pazifisten als Teil der politischen Kultur akzeptiert sahen und wo einige von ihnen sogar in den Regierungen und den Parlamenten vertreten waren? Hatten die deutschen Pazifisten womöglich einen spezifisch deutschen Nerv getroffen, der gelegentlich noch bis zum heutigen Tage schmerzt?

Den Schlüssel zur Klärung dieser Frage bietet die Weltanschauung, der die Eliten Preußen-Deutschlands vor 1914 anhängen. Sie hielten den Krieg für den „Vater aller Dinge“, wie es der griechische Philosoph Heraklit einst formuliert hatte. Dazuhin hatten sie neuerdings den Sozialdarwinismus in ihre Vorstellungswelt aufgenommen: Diesem zufolge war das Leben ein ewiger Kampf, nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch für die Völker und Nationen. Dieser – wie es hieß – „naturgesetzliche“ beziehungsweise „naturnotwendige“ Lebenskampf, so glaubte man, werde auch in der Form von Kriegen ausgetragen. Wie in der Natur obsiege im Leben der Völker nur der Stärkere. Darauf müsse sich jede Politik einstellen. Insoweit sei der Krieg nicht das Gegenteil von Kultur, sondern geradezu eine „Kulturerrungenschaft“. Im Kriege kämen die edelsten Tugenden der Menschen zur Entfaltung.

Treffgenau hat der bekannte Pädagoge und Mentor der deutschen Friedensbewegung Friedrich Wilhelm Foerster die Militär- und Kriegsideologie der Kaiserzeit als „Schwertglauben“ bezeichnet. Er assoziierte mit diesem Begriff den „preußischen Gewaltgeist“, den „militaristischen und nationalistischen Wahn“, die „militaristische Denkweise“ und die in Deutschland verbreitete „allgemeine Machtvergötterung“, die er für eine nationale Krankheit hielt, an der auch und gerade das deutsche Bildungsbürgertum litt.

Damit sind wir bis zur Quelle des Hasses vorgestoßen, der den frühen deutschen Pazifisten entgegenschlug. Wäh-

rend die Anhänger des Schwertglaubens den kriegerischen Konflikt zum „Naturgesetz“ erklärten, vertraten die Pazifisten die schlichte Überzeugung, dass der Frieden möglich und machbar sei. Jeder religiösen Überhöhung „des“ Krieges – er sei ein „Traum, und nicht einmal ein schöner“, und im Übrigen sei er ein „Glied in Gottes Weltordnung –, erteilten sie eine Absage.

Mit anderen Worten: Die Anhänger des „Schwertglaubens“ sahen allein schon in der Idee des Friedens einen Generalangriff auf das eigene Weltbild, in dem der nationale Machtstaat, das Militär und eine „kriegerische Kultur“ tragende Rollen spielten. Die antipazifistische Propaganda der Zeit vor 1914 aktivierte immer wieder die seit der Reichsgründung erprobten innenpolitischen Feindbilder. Wenn man von den „Reichsfeinden“ sprach, meinte man auch die Juden. Denn es wurde behauptet, beim Pazifismus handle es sich um ein „undeutsches Importprodukt“.

Im Weltkrieg 1914-1918 verschärfte sich die staatlichen Angriffe gegen die Pazifisten. Sie wurden jetzt als Feinde im Innern betrachtet. Pazifistische Literatur konnte nicht mehr veröffentlicht werden. Prominente Pazifisten entzogen sich der Verfolgung durch Flucht ins Ausland, meist in die Schweiz. Wer den Kriegsdienst verweigerte, galt als „nicht normal“ und wurde ausgegrenzt. Im Jahr 1918 wollte die nationalistische Propaganda wissen, dass deutsche Demokraten, Juden und Pazifisten der kämpfenden Front den Dolch in den Rücken gestoßen und damit die deutsche Niederlage verschuldet hätten. Sie wurden jetzt seitens der Nationalisten als „Novemberverbrecher“ diffamiert.

In den ersten Nachkriegsjahren grassierte in Deutschland die menschenverachtende Praxis rechtsradikaler Nationalisten, sich politischer Gegner durch Mord zu entledigen. Nach den Statistiken von Emil Julius Gumbel, einem pazifistisch eingestellten Mathematiker, wurden ungefähr 360 Menschen Opfer politischer Mordtaten. Die Täter kamen aus dem Umfeld der Freikorps. Bei den Opfern handelte es sich vorrangig um bekannte Kriegsgegner und nicht um „Bolschewisten“, wie die zeitgenössische Propaganda behauptete. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gehörten ebenso zu ihnen wie ein Offizier, der durch den Krieg zum Pazifismus konvertiert war. Ich spreche von Kapitänleutnant Hans Paasche, einem Angehörigen der kaiserlichen Kriegsmarine, dem Sohn eines Reichstags-Vizepräsidenten.

Mit Paul von Schoenaich und Bernhard von Deimling gehörten auch zwei Generale zu den Konvertiten. Sie galten den Vertretern des militärischen Machtstaates als Verräter, die man gesellschaftlich ausgrenzen oder gar eliminieren musste.

Liebknecht, Luxemburg und Paasche wurden ermordet, wobei die Täter einigermaßen darauf vertrauen konnten, dass die nationalistisch eingestellte Justiz schon Wege finden würde, sie straffrei ausgehen zu lassen.

Nach dem Weltkrieg 1914-1918 war die deutsche Gesellschaft gespalten. Millionen von Frauen und Männern hatten den Krieg nicht als heroisches Ereignis erlebt, sondern als Hunger, Not, Gefahr und Tod. Diese Menschen waren es, die im ersten Nachkriegsjahrfünft an großen Massendemonstrationen teilnahmen, die in vielen deutschen Städten unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ abgehalten wurden. Die Veranstalter dieser Kundgebungen deckten sich in politischer Hinsicht mit den Verteidigern der Republik: Sozialdemokratie, Zentrum, Linksliberale. Dazu kamen die pazifistischen Organisationen. Aber das Fundament dieser Republik war schwach, denn die Nationalisten verweigerten dem neuen Staat ihre Zustimmung. Trotz dieser Ablehnung blieben sie in ihren angestammten Positionen oder wurden nach einer kurzen Auszeit wieder eingestellt. Auf diese Weise übten die Anhänger des alten Macht- und Militärstaates einen starken Einfluss auf die Destabilisierung der ersten deutschen Demokratie aus und bewirkten schließlich ihre Zerstörung.

Einen Faktor der Kontinuität bildete auch das sozialdarwinistisch geprägte Kriegedenken. Es blieb in den Köpfen der deutschen Nationalisten erhalten, selbst jenen, die sich jetzt als „Vernunftrepublikaner“ dem neuen Staat annähernten.

Ich möchte diese Aussage exemplarisch verdeutlichen an dem Druck, den der seinerzeit ranghöchste aktive Offizier im Herbst 1919, dem ersten Jahr der Republik, auf den neu gewählten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) auszuüben versuchte. In einem Brief an Ebert reagierte General Wilhelm Groener auf die massenhaften kriegsgegnerischen und pazifistischen Proteste in der deutschen Bevölkerung. Er erblickte in ihnen eine gefährliche Entwicklung, vor welcher er den Reichspräsidenten warnte. Seine Weltsicht legte er ihm folgendermaßen dar: „Wir dürfen niemals der Selbsttäuschung pazifistischer Ideolo-

gen unterliegen, als ob durch Unterdrückung jeglichen nationalen und kriegerischen Geistes in einer Nation der ewige Friede und die menschliche Glückseligkeit erreichbar wären. [...] Nur im dauernden Kampf um das Leben werden die geistigen und sittlichen Kräfte gestärkt und gestählt, die allein die Schwingen bilden für den Aufstieg eines Volkes. Welches Volk gegen dieses Naturgesetz verstößt, ist innerlich krank und zum Niedergang bestimmt. Falsche Prophezen sind es, die dem Volke empfehlen, im Kampf um das Dasein auf die Stählung und Anwendung auch der physischen Kräfte zu verzichten.“ Deutschland müsse sich in den folgenden Friedensjahren – so heißt es in diesem Schlüsseldokument – stark machen „als großes Volk, das nicht niedergehen will, das den Willen zum Kampf ums Dasein festhält und diesen Kampf mit den Völkern der Erde wieder aufnimmt in dem Maße und mit den Mitteln, die ihm vernünftigerweise nach dem Zustand seiner Kraft zu Gebote stehen.“

Ganz ohne Polemik lässt sich feststellen, dass diese Argumentation weitgehend identisch ist mit der Weltanschauung Hitlers. Dieser definierte Politik folgendermaßen: Sie sei „in Wahrheit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes“, und in jedem Falle sei das Leben „der ewige Einsatz“. Die ständige Aufgabe der Politik sei daher nicht die „beschränkte Vorbereitung für den Krieg als vielmehr die unbeschränkte innere Durch- und Ausbildung eines Volkes“ für den Krieg. Hier wie dort finden wir also das Denkmuster des ewigen Lebenskampfes der Völker, der in kriegerischen Formen ausgetragen werde und dem man sich nur bei Strafe des Untergangs des eigenen Volkes entziehen könne. Die Kontinuität dieses Denkens reicht nicht nur bis 1945, sondern teilweise darüber hinaus.

■ Weimarer Republik

Die deutschen Nationalisten weigerten sich nach 1918, die militärische Niederlage Deutschlands zu akzeptieren. Sie empörten sich über den „Schandfrieden“ von Versailles, bekämpften die „Kriegsschuldflüge“ und sie sann – ganz im Sinne des Groener-Zitats – nach Mitteln und Wegen zu einer kriegerischen Revision dieser Vorgänge. Sie kompensierten die machtpolitischen Verluste mit einem gesteigerten Gesinnungsmilitarismus. Gleichzeitig betrieben sie geheime Rüstungen und fertigten Kriegspläne. So entstand eine aberwitzige Situation:

Während die Militaristen insgeheim für den Revanchekrieg arbeiteten, kämpften die Pazifisten mit dem Mittel der Aufklärung gegen illegale Rüstungen. Eine politische Justiz, die dem Machtstaatsdenken verpflichtet war, bekämpfte jedoch nicht die illegalen Geheimrüstungen, sondern die legalen Aufklärer. Sie wurden mit Hilfe des Landesverrats-Paragrafen kriminalisiert.

In der Endphase der Weimarer Republik wurde der organisierte Pazifismus durch massive Meinungsverschiedenheiten geschwächt. Im Kern ging es um die Frage, ob der Frieden durch die neue Version des deutschen Militarismus bedroht war oder durch äußere Ursachen. Jetzt, 1929, übernahm Paul Freiherr von Schoenaich den Vorsitz der DFG. Es ist gelästert worden: In Deutschland war der Militarismus so stark, dass selbst die Friedensgesellschaft nicht ohne einen General an der Spitze auskam. Aber der neue Vorsitzende konnte nicht verhindern, dass die DFG in die Isolation geriet und in die Bedeutungslosigkeit absank, während die NSDAP zum Sturm auf die Republik blies.

■ Verfolgung in der NS-Diktatur

Wie die Nazis mit den Pazifisten umgehen würden, wenn sie in den Besitz der politischen Macht gelangen sollten, hatten sie, was wenig bekannt ist, bereits im Jahre 1930 verkündet. Damals legte die NSDAP-Reichstagsfraktion den Entwurf eines „Gesetzes zum Schutz der deutschen Nation“ vor, in dem sie alle Militärkritiker als „Verräter“ markierte und gelobte, mit ihnen kurzen Prozess zu machen. Für jedweden „Volksverrat“ (aktuell Unwort des Jahres 2016) sahen sie generell die Todesstrafe vor. Unter „Wehrverrat“ verstanden die Nazis alle „wehrfeindlichen“ Bestrebungen, also Werbung für die „geistige, körperliche oder materielle Abrüstung des deutschen Volkes“, die Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung, die Billigung oder Verherrlichung von „Wehr- oder Pflichtdienstentziehung, Meuterei oder Fahnenflucht“, schließlich ganz allgemein die Absicht, „die Wehrkraft und den Wehrwillen des deutschen Volkes zu untergraben“. Das Eintreten für friedliche Ideen und Ziele galt generell als „Wehrverrat“ und todeswürdig. Für Hitler waren pazifistische Bestrebungen naturwidrige „Humanitätsduseleien“, weil sie Naturgesetze leugneten. Über Humanität sprach Hitler nur im Ton des Hasses und der Verachtung.

Hitler an der Macht, das bedeutete, dass jegliches pazifistische Denken bekämpft, mundtot gemacht, ja ausgerottet wurde. Die Hälfte der Literatur, die Goebbels im Mai 1933 demonstrativ in der Öffentlichkeit verbrennen ließ, war pazifistisches Schrifttum. Einer der bekanntesten Pazifisten seiner Zeit, Carl von Ossietzky, wurde schon 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis für 1935 konnte nicht verhindern, dass er an den Folgen der KZ-Haft verstarb.

Eine große Anzahl pazifistischer Schriftsteller und Publizisten sah sich gezwungen, ins Ausland zu flüchten. In den Kriegsjahren dienten das Militärstrafgesetzbuch und die immer radikaleren Fassungen der einschlägigen Kommentare dazu, pazifistisches Gedankengut als Kriegsverrat oder Wehrkraftzersetzung zu verfolgen und mit dem Tode zu bestrafen.

Nicht anders ging es den Kriegsdienstverweigerern und Fahnenflüchtigen. Der kriegerische NS-Staat duldet keinen Gedanken und keine Handlung, die von der Linie „Kämpfen und Siegen!“ bzw. „Sieg oder Untergang!“ abwichen. Er war bestrebt, nicht nur den Pazifismus auszurotten, sondern auch die Erinnerung an ihn zu vernichten. Das ist ihm auch fast gelungen. Erst in den 1970er Jahren begannen Historiker wieder zu entdecken, dass es in Deutschland auch einen organisierten Pazifismus gegeben hatte.

Kalter Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg, irgendwann in den späten 1940er Jahren, traf Martin Niemöller einmal mit seinem ehemaligen Crew-Kameraden von 1910 in der kaiserlichen Kriegsmarine, Kapitänleutnant Heinz Kraschutzki, zusammen. Letzterer hatte schon in der Weimarer Zeit zu jener Minderheit der „pazifistischen Offiziere“ gehört, die sich unter der Republik für ein nicht-militaristisches, friedliebendes Deutschland engagierten. Um die politische Spannweite dieser Crew der kaiserlichen Kriegsmarine ermessen zu können, sei hinzugefügt, dass ihr auch Karl Dönitz angehörte, der spätere „Großadmiral“ und Nachfolger Hitlers. Einem weiteren Gast erläuterte Niemöller: „Das ist mein alter Marinekamerad Kraschutzki. Ihm hat schon der Erste Weltkrieg die Augen geöffnet. Bei mir war leider noch ein zweites nötig.“

Damit sind wir bei Martin Niemöller. Er diente im Ersten Weltkrieg als

U-Boot-Kommandant, kam also ebenfalls aus dem militärischen Milieu, studierte dann Theologie, wurde Pfarrer, blieb ein Deutschnationaler, wurde nach 1933 einer der Köpfe der Bekennenden Kirche, legte sich mit dem Machtanspruch Hitlers an, wurde aus diesem Grunde von 1937 bis 1945 ins KZ gesperrt. Nach dem Kriege setzte er sich in den Rollen des

Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau und des Außenbeauftragten der EKD vehement für ein vereinigtes Deutschland ein, geriet darüber massiv mit Kanzler Konrad Adenauer aneinander und war, zusammen mit Gustav W. Heinemann, einer der führenden Gegner der westdeutschen Wiederbewaffnung bzw. Remilitarisierung. Er schätzte diese als Bedrohung des Friedens ein, aber auch als eine Bedrohung der protestantischen Mehrheit in Deutschland, hatte doch die evangelische Kirche im Norden und Osten Deutschlands, also der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, ihre stärkste Mitgliedschaft.

Zum grundsätzlichen Pazifisten wurde Martin Niemöller allerdings erst im Jahre 1954, als er während eines Meinungsaustauschs mit deutschen Atomphysikern, u.a. mit Otto Hahn und Carl Friedrich von Weizsäcker, begriff, dass mittels der neuen Waffentechnik, also den Atom- und den Wasserstoffbomben, die Menschen auf dem ganzen Globus vernichtet werden könnten. Niemöller fragte die Wissenschaftler: Was wäre, wenn Hitler diese Waffen gehabt hätte? Heisenberg antwortete lapidar: Dann bräuchten wir uns heute darüber nicht mehr den Kopf zu zerbrechen. Seit diesem Informationsgespräch war der Pazifismus für Niemöller ein zwingendes Gebot, und er blieb bei dieser Einstellung bis zu seinem Lebensende. Krieg, so predigte er fortan, sei gegen alle Menschenwürde und absolut unmenschlich; er sei eine totale Absage an Gott und die Menschen. Deshalb könne es nur ein bedingungsloses Nein zum Kriege geben.

Nach der Genehmigung durch die britische Besatzungsbehörde wurde die DFG im Jahre 1946 wiedergegründet. Der „Friedensgeneral“ Paul Freiherr von Schoenaich, der bereits 1929 bis 1933 ihr Präsident gewesen war, übernahm bis 1951 erneut den Vorsitz. Mit welchen Vorstellungen reagierte dieser



Wolfram Wette bei seinem Vortrag im Stuttgarter Theaterhaus im Januar

Foto: Stefan Philipp

größte pazifistische Verband auf die Erfahrung von zwei Weltkriegen? Er forderte nunmehr – übrigens in Übereinstimmung mit den Kriegszielen der alliierten Siegermächte – „die völlige Vernichtung des preußisch-deutschen Militarismus“. Ausdrücklich sollte gegen die tradierten Kriegsideologien vorgegangen werden, so z.B. in einem DFG-Text von 1946: Wer „Kriege verherrlicht oder als naturnotwendig darstellt“, wird bestraft. Weiter wurde gefordert die Erziehung des deutschen Volkes im Geiste der Völkerverständigung, die Aufnahme eines Kriegsächtungs-Artikels in die Länderverfassungen sowie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Nach 1945 profitierte die DFG zunächst von einer vagen allgemeinen Stimmung, die sich in der Forderung „Nie wieder Krieg!“ und der noch radikaleren Parole „Nie wieder Militär!“ Ausdruck verschaffte. Eine Zeitlang hatten diese Schlagworte noch ein Echo in der „Ohne mich“-Bewegung. Als Adenauer dann jedoch mit Hochdruck die Wiederbewaffnung betrieb, die er als Vorbedingung für die Westintegration hielt, entstand erneut eine innenpolitische Freund-Feind-Konstellation. Gegen jene Pazifistinnen und Pazifisten, die sich mehr als nur passiv gegen die Remilitarisierung engagierten, setzten Bundesregierung, militärfreundliche konservative Kreise und die – noch mit einer Vielzahl von Nazi-Juristen besetzte – deutsche Justiz eine infame Waffe ein. Sie reaktivierten das deutschnationale und nationalsozialistische Bolschewismus-Feindbild und unterstellten den Gegnern der Wiederbewaffnung pauschal, Kommunisten zu sein und dem großen Gegner im Kalten Krieg in die Hände zu spielen, gleichsam als „fünfte Kolonne“ der Sowjetunion. Die Anschuldigungen waren in Einzelfällen zutreffend, aber nicht in der Verallgemeinerung. Es begann eine langjährige justizielle Verfolgung der

westdeutschen Friedensbewegung, in deren Verlauf die Propaganda des Kalten Krieges den Pazifismus immer mehr mit Kommunismus gleichsetzte und damit politisch desavouierte.

waffung der Bundeswehr – noch die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ oder die Ostermarsch-Bewegung der Atomwaffenge-

den. Seit den 1970er Jahren kippte die Stimmung dann immer mehr zugunsten der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden um. Ihre gewachsene gesellschaftliche Wertschätzung reflektierte einen großen gesellschaftlichen Meinungswandel.

Ohne Beispiel in der jüngeren deutschen Geschichte war die Massenbewegung gegen die Atomrüstung in den 1980er Jahren. Hervorgegangen aus der Anti-Nachrüstung-Kampagne, fand diese friedenspolitische Massenbewegung die Unterstützung einer Mehrheit der Bundesbürger. Zwar konnte sie nicht verhindern, dass eine Bundestagsmehrheit dem Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses zustimmte. Die rückblickende Betrachtung verdeutlicht jedoch, dass dies gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland geschah. Die Friedensbewegung war das Sprachrohr der Zustimmungsverweigerung, was keineswegs folgenlos blieb. Denn als eine soziale Bewegung für den Frieden initiierte oder unterstützte sie zugleich Massenlernprozesse. Sie wurden von der 1968er-Studentenrevolte, den Protesten gegen den Vietnamkrieg sowie von der sozialliberalen Entspannungspolitik der 1970er Jahre vorangetrieben. Nun vollzog sich in Westdeutschland ein breit angelegter Prozess des Wertewandels, der bereits deutliche

Kennzeichen einer Friedenskultur aufwies. Mit einer weiteren Abwertung militärischer Denkweisen verband sich die klare Parteinahme für eine kooperative Außen- und Entspannungspolitik.

Mit anderen Worten: Unter dem Dach des sogenannten „Gleichgewichts des Schreckens“ bildete sich in der deutschen Bevölkerung auf breiter Basis ein neues Denken aus, in welchem die militaristische Vorstellung vom Krieg als einem „Naturgesetz“ keinen Platz mehr hatte. Die Zeit der Kriegsmetaphysik war vorüber. In Deutschland hatte man gelernt: Frieden lohnt sich. Der friedenspolitische Lernprozess, der sich in der deutschen Gesellschaft nach 1945 schrittweise vollzogen hat und der Anfang der 1980er Jahre einen Durchbruch erlebte, lässt sich in erster Linie als ein Mentalitätswandel begreifen, das heißt, als eine Zivilisierung von Einstellungsmustern, Verhaltensweisen und Umgangsformen.

Fazit

Ich versuche ein Fazit zu ziehen: In der Zeit des deutschen Kaiserreiches ent-

Seit den 80er Jahren gilt Deutschland als das Land der Friedensbewegung. Doch bis zur berühmten Menschenkette, bei der im Oktober 1983 bis zu 400 000 Menschen gegen die Nato-Nachrüstung demonstrierten, war es für die Deutschen ein weiter Weg, sagt der Freiburger Geschichtswissenschaftler Wolfram Wette. Am Samstag spricht er zum 125-jährigen Bestehen der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) im Stuttgarter Theaterhaus.

**„Es gab den Glauben, Krieg sei notwendig“
Interview mit Wolfram Wette
in der Stuttgarter Zeitung am 12. Januar 2017**

Herr Professor Wette, am Ende der Weimarer Republik stand ausgerechnet ein Weltkriegsgegner an der Spitze der Deutschen Friedensgesellschaft. Jetzt halten Sie als Friedenshistoriker den Jubiläumsvortrag „Muss man sich schon wieder umwappeln?“. Worin besteht das Problem?



„Die Mehrheit war auf der Seite der Nachrüstungsgegner.“
Wolfram Wette zur Debatte der 80er



Eine Menschenkette, die von Stuttgart bis Neu-Ulm reichte, sollte im Oktober 1983 die Nato-Nachrüstung verhindern. Foto: dpa

Nicht bei uns in Deutschland und nicht in der Europäischen Union. Hier haben wir einen strukturellen Frieden. Aber dass Paul Freyherr von Schoenich als ehemaliger General Präsidentschaft wurde, ist natürlich bemerkenswert. Der Erste Weltkrieg war von den Deutschen der damaligen Zeit ganz unterschiedlich wahrgenommen worden. Die einen wollten sich mit dem Ergebnis nicht abfinden, die anderen sagten: So etwas darf nie wieder kommen. Auf Plakaten hieß es „Nie wieder Krieg“. Bis 1925 wurden sie vielerorts auf die Straßen getragen. Innerhalb dieser Gruppe waren auch Offiziere, die sich von Militärs zu Pazifisten gewandelt haben. Zu denen hat von Schoenich gehört.

Und Ihr Weg als Militärgeschichtswissenschaftler? Wenn ich mich speziell für diese Offiziere interessiert habe – es waren ja 15 bis 20 – dann hat das natürlich auch einen biographischen Hintergrund. Viel leicht kann man sagen, dass einige Vertreter der historischen Friedensforschung einen ähnlichen Wandlungsprozess durchlaufen haben.

Die DFG wird 125 Jahre alt. War Deutschland mit der Bewegung früh dran? Als 1892 – übrigens durch zwei Österreicher – die DFG gegründet wurde, hat es so eher in anderen Ländern wie England, Frankreich oder USA längere Wurzeln. Auch in der Revolution von 1848/49 ausgewirkt. Hinzu kam der Militarismus in Preußen/Deutschland. Es gab einen verbreiteten Glauben – so muss man das bezeichnen –, dass der Krieg eine Naturnotwendigkeit ist.

In den Ersten Weltkrieg, so heißt es heute, seien alle Nationen hineingeschlittert...

Im Gegensatz zu dem australischen Kollegen Christopher Clark, der ein viel verkaufte Buch dazu verfasst hat, bin ich der Auffassung, dass die These vom Hineinschlittern eine apologetische Charakter hat. Die wahren Verantwortlichkeiten werden und die Forschung gilt nach wie vor, dass Deutschland die Hauptkraft war, die diesen Krieg wollte, und die es geschickt eingeleitet hat, so dazuzuteilen, als sei sie angegriffen worden. Mit dieser Kriegslüge hat Deutschland fünf Jahre Krieg geführt und die später Jahrzehnte lang verdeckt, wo die Ursachen lagen. Diese Kontroverse ist auch 100 Jahre danach noch nicht ausgestanden.

1945 waren die Deutschen gehüllt von allen Kriegspolitiken. Dennoch kam es zur Wiederaufrüstung. Warum? Bis 1949 herrschte eine große Erschöpfung. Selbst der CSU-Politiker Franz Josef Strauß hat damals gesagt: „Wir Deutschen dürfen nie wieder ein Gewehr in die Hand nehmen.“ Dann kam Konrad Adenauer mit

seiner Politik der Westintegration und der Wiederbewaffnung und hat damit keine große Freude ausgelöst. Die Aufstellung der Bundeswehr 1955 wurde gegen eine Bevölkerungsmehrheit durchgedrückt.

Der organisierte Pazifismus stand unter Boltschewismusverdacht. Dieses Argument war schon 1918/19 von Adenauer relativ erfolgreich genutzt worden. Adenauer hat dies nach 1949 wiederbelebt und alle Gegner seiner Wiederbewaffnung als fünfte Kolonne Moskaus gebrandmarkt. Es hat damals mehr als 100 000 gerichtliche Verfolgungen von Gegnern der Wiederbewaffnung gegeben, obwohl die bei Weitem nicht alle Kommunisten waren.

Es gab keine Unterwanderung? Es gab in der Friedensbewegung immer auch Kommunisten. Darunter waren gute Ideen, aber auch solche, die zwischen guten und bösen westlichen Raketentechnologien unterschieden haben. Das hat der Organisation massiv geschadet. 1989 kam noch

heraus, dass einzelne Landesverbände der DFG sogar Geld von der DKP angenommen hatten. Das führte fast zur Spaltung.

In den Jahren davor war der Pazifismus zur Massenbewegung geworden. Der Kampf gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den 80er Jahren ist eine Zäsur. Menschen aus allen Berufsgruppen engagierten sich. Die Sicherheitspolitik wurde breit diskutiert. Es gab viel Kompetenz in der Bevölkerung. Auch damals war laut allen Umfragen eine Mehrheit auf Seiten der Nachrüstungsgegner. Spätestens seit dieser Zeit kann man davon sprechen, dass aus der militäristischen deutschen Gesellschaft eine friedliebende geworden ist. Erst jetzt ist die Gefahr groß geworden, dass es wieder in eine andere Richtung laufen könnte.

Sie erkennen in der deutschen Innenpolitik einen neuen Hang zum Militarismus? Ich denke, die alte Vokabel Militarismus zieht nicht mehr. Die Populisten fordern ja keine massive Aufrüstung und wollen nicht den Militarismus des 19. Jahrhunderts wieder beleben, aber sie knüpfen an die Tradition völkischer Bewegungen in der 19. und 20. Jahrhunderts an. Wenn in einer Partei kann, auf Flüchtlingsnotfalls zu schließen, dann zeigt das ein Gewaltverständnis, das mit Demokratie, also der gewaltfreien Konfliktaustragung, nicht zu vereinbaren ist.

Das Gespräch führte Eberhard Wein.

FRIEDENSFORSCHER MIT MILITÄRISCHER VERGANGENHEIT

Historiker „Ich habe Milieuhistoriker“, sagt Wolfram Wette. Sechs Jahre war der Historiker als Zeitsoldat bei der Bundeswehr und brachte es bis zum Hauptmann. Später arbeitete er beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt, von 1998 bis 2006 lehrte der heute 76-Jährige als außer-

planmäßiger Professor an der Universität Freiburg. Soeben ist sein Buch „Erstmal Frieden“ erschienen (ISBN 978-3-94325-31-4). Wette ist Mitglied der SPD und der Friedensgesellschaft und wohnt in Stuttgart. Er ist ein kleiner Mann mit einer Frau in einem kleinen Haus oberhalb von Waldkirch mit Blick auf den Kandelf-

Jubiläum. Erfolgreich trotz Verfolgung“ lautet der Vortrag, den Wette an diesem Samstag, 10 Uhr, im Stuttgarter Theaterhaus hält. Dort findet das öffentliche Neujahrstreffen des Landesverbandes der DFG statt, das sich mit der Gründung vor 125 Jahren beschäftigt. keu

Die DFG wehrte sich mit diversen Abgrenzungsbeschlüssen. Aber ihr Verhältnis zur DKP und zur DDR blieb letztlich ungeklärt. Schwere Schäden fügten der DFG (VK) jene Friedensbewegten der 1980er Jahre zu, die von „guten“ Raketen im Osten und „bösen“ im Westen schwadronierten und damit friedenspolitische Neutralität vermissen ließen. Als 1989 bekannt wurde, dass DFG-VK-Gliederungen Spendengeld der DKP angenommen hatten, musste der gesamte Bundesvorstand zurücktreten. Ein beträchtlicher Mitgliederschwund folgte auf dem Fuße. Im öffentlichen Bewusstsein blieb der Verdacht hängen, die DFG sei womöglich eine Vorfelddorganisation der Kommunisten.

Zurück zur Wiederbewaffnung in der ersten Hälfte der 1950er Jahre. Sie wurde damals gegen die Proteste der Pazifisten und gegen eine militärkritische Bevölkerungsmehrheit durchgeboxt. Weder die Mahnungen deutscher Atomphysiker von 1958 – wie der „Appell der Göttinger Achtzehn“ gegen die Atombe-

ner der 1960er Jahre vermochten zu verhindern, dass Atomwaffen zum Fundament der Abschreckungsstrategie des westlichen Bündnisses und damit auch der Bundesrepublik Deutschland gemacht wurden. Wie die historische Forschung allmählich ermittelt, entstanden mehrfach Krisensituationen, in welchen der Kalte Krieg in einen heißen Atomkrieg umzuschlagen drohte. Es war ein reiner Glücksfall, dass es zum Äußersten dann doch nicht gekommen ist.

Politischer Wandel trat ein mit der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition in den 1970er Jahren. Es entstanden stabilisierende Vertragswerke für ganz Europa. Das alte Feindbilddenken verblasste. Jetzt stieg auch die Anzahl der Kriegsdienstverweigerer und der Zivildienstleistenden. Obwohl das Grundgesetz von 1949 die Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht festgeschrieben hatte, waren diejenigen jungen Männer, die es in Anspruch genommen hatten, noch lange Zeit als Feiglinge und Drückeberger, Ostagenten und Vaterlandsverräter verunglimpft wor-

standen, in einem militaristischen Umfeld, sahen sich die Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft seit der Gründung ihrer Organisation Schmä- hungen, Herabsetzungen und Diffamie- rungen ausgesetzt. Dies geschah, ob- wohl sie gesellschaftlich marginalisiert waren, also innenpolitisch kaum eine Bedeutung hatten. Gleichwohl wurden sie ernst genommen, weil sie den Kern- gedanken des Militarismus ablehnten: Dass nämlich Militär und Krieg „gott- gewollt“ oder „naturnotwendig“ seien, und weil sie diesem fatalistischen Glau- ben eine alternative Idee entgegensetz- ten – die Idee nämlich, dass Frieden möglich ist. In der NS-Zeit erreichte die Pazifistenverfolgung ihren Höhepunkt.

Seit den 1990er Jahren kam es in Deutschland immer wieder zu friedens- politischen Massenprotesten. Sie richteten sich gegen die Golfkriege, den Koso- vo-Krieg, den Irak-Krieg und gegen den Afghanistan-Krieg. Es zeigte sich, dass die Parole „Nie wieder Krieg!“ für große Teile der deutschen Bevölkerung eine akzeptierte Orientierung darstellte. In den diversen Friedensbewegungen, die in der Geschichte der Bundesrepublik aus aktuellen Konfliktlagen entstanden, konnte die DFG(VK) eine organisatori- sche Struktur, Aktionsformen und ein- prägsame politische Parolen anbieten, und sie konnte politische Ziele formulieren. Anlässlich dieser 125-Jahr-Feier erinnere ich an die von dem jahrzehn- telang in der DFG-VK aktiven Karlsru- her Ulli Thiel formulierte Parole „Frie- den schaffen ohne Waffen“ und an sei- ne grandiose Idee einer Menschenkette von Stuttgart bis Neu-Ulm gegen die Sta- tionierung von atomaren Mittelstrecken- raketen, an der sich dann im Jahre 1983 etwa 300000 Menschen beteiligten. Ebenso erinnere ich an die aktuelle „Ak- tion Aufschrei – Stoppt den Waffenhan- del!“, die der Freiburger Friedensaktivist und DFG-VK-Bundesprecher Jürgen Grässlin organisierte und an der sich bis heute mehr als 100 Organisationen der Friedens- und Entwicklungszusammen- arbeit beteiligen. Mit diesen und ande- ren Aktionen wurde die DFG-VK zu ei- nem innenpolitisch relevanten Faktor.

Drittens verweise ich auf die aktuel- len Bemühungen der DFG-VK mit der Aktion „Schulfrei für die Bundeswehr“, die das Ziel verfolgt, der Friedenserzie- hung den Platz in den Schulen zu ver- schaffen, der ihr gebührt und der auch von der Landesverfassung gewollt wird.

Viertens möchte auf die innovati- ve Analyse des Syrien-Irak-Krieges auf- merksam machen, die der DFG-VK-Bun-

desprecher Thomas Carl Schwoerer vorgelegt hat. Als politischer Pazifist plä- diert er dafür, auch mit dem Feind „Is- lamischer Staat“ zu verhandeln und so die Spirale der Gewalt zu durchbrechen. Er macht Vorschläge, wie Verhandlun- gen das Schießen ersetzen und eine po- litische Lösung des Krieges vorbereitet werden könnte.

Die DFG hat in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder Initiati- ven vorangetrieben, zum Beispiel zur Abrüstung, zur Deeskalation, zur Kritik an internationalen Militäreinsätzen und Rüstungsexporten, zur Friedenserzie- hung im Gegenzug zu einer schleichen- den Militarisierung der Gesellschaft und zur Überwindung der verhängnisvol- len traditionellen Kriegsmetaphysik. Sie machte den Menschen immer wieder klar: Frieden ist möglich, Krieg lohnt sich nicht, er ist inhuman, teuer, ethisch inakzeptabel und letztlich kontrapro- duktiv. Das begriffen zu haben, ist nicht wenig – und es ist die Basis für jede er- folgreiche zukünftige Friedensarbeit.

Die Gründe dafür, dass die DFG auch 125 Jahre nach ihrer Gründung 1892 noch immer eine randständige gesell- schaftliche Position innehat, sind nicht dieselben wie damals. Die heutige Lage des organisierten Pazifismus wird un- ter anderem von folgenden Faktoren be- stimmt: Vom Wegfall des Ost-West-Ge- gensatzes, vom Ende des Kalten Krie- ges und vom weitgehenden Verschwin- den der atomaren Gefahr aus dem öf- fentlichen Bewusstsein. Nicht zuletzt zu nennen: Vom Wegfall der Allgemei- nen Wehrpflicht und damit zugleich der Entbehrlichkeit von Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer, deren Beratung zuvor das Hauptbetätigungs- feld der DFG-VK (Fusion im November 1974) gewesen war. Seit der Aussetzung der Wehrpflicht steht die Bundeswehr als Freiwilligenarmee zur Landesvertei- digung nicht in erster Linie im Brenn- punkt friedenspolitischer Kritik, wohl aber die Auslandseinsätze und die Waf- fenexportpolitik.

Aktuelle Gefahren

Zum Abschluss möchte ich auf die ak- tuellen Gefahren zu sprechen kommen, die von einem neuen, populistischen Rechtsradikalismus ausgehen, der in den USA und in einigen unserer euro- päischen Nachbarländer sowie auch in Deutschland selbst an Boden gewon- nen hat und vermutlich noch weiter gewinnen wird. Er stellt auch eine Ge- fährdung des Friedens dar, zumal des

Friedens im Innern. Hierzulande ist es die „Alternative für Deutschland“ (AfD), die aufgrund ihres Protestes gegen eine humane Flüchtlingspolitik rasch einen beachtlichen Zulauf hatte. Die AfD ori- entiert sich weniger am Nationalsozi- alismus, obwohl z.B. die Verwendung des NS-Begriffs „Umvolkung“ das nahe- legt, als vielmehr an der völkischen Be- wegung des 19. und 20. Jahrhunderts, zu der die Nazis gleichwohl und in beson- derem Maße zu zählen sind. Flüchtlin- ge und andere Nicht-Deutsche werden ausgegrenzt und mit Hass verfolgt. Ge- walt gegen sie ist nicht tabu. AfD-Politi- ker vermögen sich vorzustellen, dass an deutschen Grenzen auf Flüchtlinge ge- schossen wird, auch auf Frauen und Kin- der. Einige dieser Politiker schwärmen für Bismarcks Politik von „Eisen und Blut“, andere äußern sich zustimmend über Putins militärische Gewaltpolitik in Syrien und in der Ukraine. Die völkis- chen „Alternativen“ stehen in einer Tra- dition, die schon immer die Ideen und Werte von 1789 und die der deutschen Aufklärung bekämpft hat. Sie streben eine „Republik“ auf völkischer Grundla- ge an. Das ist ein Sprengstoff, mit dem die deutsche Innen- und Außenpolitik erst noch fertig werden muss. Kein ein- ziges der politischen Probleme, die in der Zukunft zu bearbeiten sind, lassen sich indes mit völkischer Ausgrenzung oder mit Gewalt lösen.

Stattdessen halten wir an den Leh- ren fest, die wir aus der deutschen Ge- schichte seit 1914 gezogen haben:

- Frieden nach außen lohnt sich.
- Demokratie sichert ein friedliches Zu- sammenleben im Innern. Gewalt scheidet als Mittel der politischen Ausein- andersetzung aus.
- Ausgrenzung von Minderheiten geht mit uns nicht, weil wir die Menschen- würde ernst nehmen, die Unantastbar- keit der Menschenwürde als unser zen- trales Gebot sehen und folglich den Gleichheitsgrundsatz achten.
- Humanität hat die Leitlinie unseres Umgangs mit Flüchtlingen zu sein, in der großen Politik wie im Zusammen- leben „vor Ort“. Bei allen Problemen im Einzelnen gilt nach wie vor: Vieles ist nicht eine Frage des Könnens, sondern des Wollens.
- In der gegenwärtigen Krise geht es – über alle Parteigrenzen und Parteiin- teressen hinweg – um die Abwehr des Rechtsradikalismus, den Rückfall in Ge- walt und Rassismus. Es geht darum, den Frieden als Ernstfall zu leben, im poli- tischen, aber auch im persönlichen Be- reich. ●